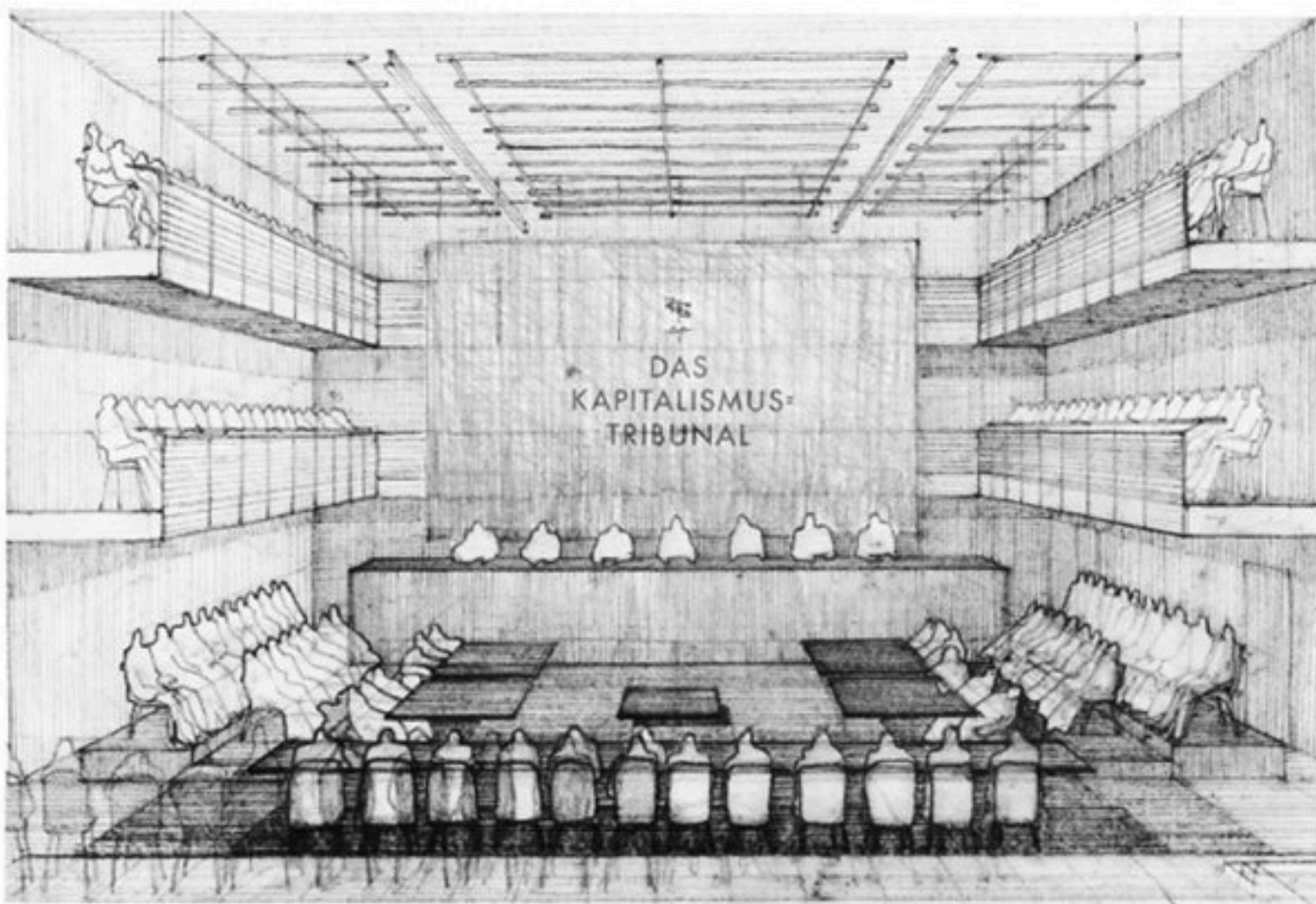


# Diktatur der Alternativlosigkeit

## Eine faire Abrechnung: Morgen abend wird im Roten Salon der Berliner Volksbühne das »Kapitalismustribunal« vorgestellt

Von Anselm Lenz



Aus staatsjuristischer Perspektive dürfte das Kapitalismustribunal bereits heute weitaus legitimer als die Schiedsgerichte des TTIP sein

Foto: Batty Ndiay/Haus Bartleby

Die Welt hält den Atem an. Der 5. Juli 2014 ist ein großer Tag für die ganze Menschheit und mehr noch für das Menschsein in seinem grundsätzlichsten Sinn. In Griechenland, einem westlichen und entwickelten Land, hat eine große Mehrheit gegen die »Alternativlosigkeit« von »Austerität« und neoliberaler Dystopie gestimmt. Das Licht der Möglichkeit leuchtete für zehn kurze Tage in der Dämmerung: dass der Mensch seine Geschicke selber bestimme, keinem göttlichen Gesetz unterworfen sei und in relativer Gleichheit mit anderen

Menschen seine Welt friedlich zu gestalten vermag – die einzige Qualität, die ihn von den Tieren unterscheidet.

## Die große Schande

Der Tag der großen Schande kam dann am 15. Juli 2014. Von der sogenannten Troika erpresst, unterwarf sich das griechische Parlament in letzter Sekunde doch noch. Das Plebiszit wurde missachtet, Widerstand, wie er sich in Demonstrationen und Straßenkämpfen äußerte, niedergeschlagen. Manifest wurde damit die Abschaffung der Demokratie, die bis dahin mit einigem nachvollziehbarem Recht als Argument für das bestehende Wirtschaftssystem genannt werden konnte: Es gab ja – de jure und manchmal auch de facto – in einer Republik friedliche Mittel, sich kollektiv für etwas anderes zu entscheiden. Bis zu diesem Datum, mit dem die Diktatur der Alternativlosigkeit unbestreitbar eingetreten und damit zur selbsterfüllenden Prophezeiung geworden war.

Mit dem »Haus Bartleby«, einer Gruppe von Journalistinnen, Wissenschaftlern, Künstlern und Technikern, hatten wir uns bis zu diesen Ereignissen in erster Linie von einem Standpunkt der Wertkritik mit den vorgefundenen Verhältnisse als Mieterinnen und Lohnabhängige befasst. Der Einsatz zielte darauf, in einer Gesellschaft, der durch einen Doppelangriff von Automatisierung einerseits und Deindustrialisierung andererseits das sozialdemokratische Normalarbeitsverhältnis abhanden gekommen ist, die Auswirkungen auf alle jüngeren Leute zu analysieren und verständlich darstellbar zu machen.

Arbeitsmarkt und Karrieresystem im immer heftiger kriselnden und global selektierenden Kapitalismus spitzen nicht nur die ökonomische Abhängigkeit zu, sondern bringen mittlerweile eine neue Form quasireligiöser Unterwerfungshandlungen auch an jenen Orten hervor, die Refugien der freien Reflexion des Sozialen sein müssen: der Universität (unter die Drittmittel der Konzerne), der Kunst (unter die Werbeagenturen), der unabhängigen Redaktion (unter die rarer werdenden Anzeigenkunden), des Betriebsrats (unter die Standortkonkurrenz), des Parlaments (unter die Expertenkommission) – und nicht zuletzt der Liebe (unter die Kriterien des sozialen Aufstiegs).

Wenn man davon ausgeht, dass die Geschichte leider keiner automatischen Dialektik folgt, die die Menschheit in einen allseits bewunderten, vollständigen Kommunismus bringen wird, dann ist die Hoffnung vergebens, den beobachtbaren Rückschritt zu neofeudalistischen Wirtschaftsformen als notwendigen Ausgangspunkt für eine gleichzeitige globale Solidarisierungswelle zu ertragen.

Denn das dystopische Gegenteil ist bereits eingetreten: Orbán, AfD, Le Pen, »Brexit« – ein Ende der Katastrophe ist nicht abzusehen, die Ursache liegt in der Mitte der Gesellschaft. Die Krawalle gegen die Zuwanderung vieler neuer Menschen nach Europa zeigten, wie schnell die Probleme einer schlecht abgestimmten und bereits im Ansatz zutiefst ungleichen Ökonomie auf andere Menschen projiziert werden.

# Das Tribunal

Unter dem Eindruck dieser sich in Schlagzahl und Intensität verstärkenden Krisen des ökonomischen Systems, die tief in das Leben jedes einzelnen Menschen eingreifen und deren Endpunkte historisch, ökologisch und ökonomisch absehbar sind, entstand das Konzept des ersten europäischen Kapitalismustribunals nach dem Vorbild überpositiver bzw. sich auf universale Menschenrechte berufender Gerichtshöfe wie dem der Russell-Tribunale seit 1966.

Auf der Seite kapitalismustribunal.org war seit dem 1. Mai 2015 jeder lebende Mensch in den vier Kernsprachen des Gerichtshofes anklageberechtigt, um sein eigenes Erleben der Ökonomie zu berichten, sofern es als Verbrechen betrachtet würde, das derzeit durch geltende Gesetze legalisiert wird. Ebenso schrieben und belegten Wissenschaftlerinnen aus der eigenen Expertise über die bekannten Auswirkungen der Ökonomie auf Menschen, den Planeten und zukünftige Generationen, die mutmaßlich nach überpositiven Gesichtspunkten als Verbrechen zu betrachten seien, aber durch Staat und Gesetze geschützt oder ignoriert würden. Es gingen bis zum Prozessbeginn mehr als 400 Anklageschriften mit Indizien und Belegen ein.

Nach drei Vorverhandlungen im Sommer 2015 mit jeweils 400 Teilnehmern im Berliner Theater »Heimathafen Neukölln«, die unter Mitwirkung von Wissenschaftlerinnen der Fachbereiche eine erste Bestandsaufnahme der Gegenwart unternahmen, kam es zur zweitägigen Konferenz zur Prozessordnung im Haus der Kulturen der Welt. Der Gerichtshof tagte schließlich ab 1. Mai 2016 in Wien im Gebäude des Theaters »Brut Wien« am zentralen Karlsplatz.

Die erste Gerichtswoche verhandelte mit Simultanübersetzung jede einzelne Anklageschrift hinsichtlich ihrer Aussagekraft für die systematische Erfassung der Auswirkungen des ökonomischen Systems in Europa unter den sieben Themenfeldern: Psychologie des Kapitalismus, Arbeiten im Kapitalismus, Eigentum im Kapitalismus, Medien und Bildung im Kapitalismus, EU/UN/Nation, Planet Erde im Zeitalter der kapitalistischen Produktionsweise. Schließlich gab es den Gerichtstag zu »Emergenz und die Gärten des Rechts«, womit der Gedanke der Entstehung der gegenwärtigen ökonomischen Wirklichkeit aus den grundlegenden Gesetzen entfaltet wurde. An den Abenden fanden unter der forschen Losung »Die Siebte Internationale« mit Menschen aus aller Welt besetzte Podiumsdiskussionen statt.

## Aus dem Leben

Der Prozess wird im Mai 2017 fortgesetzt mit Zwischenverhandlungen in Wien, verläuft dann über sieben Beweisaufnahmen im Haus der Kulturen der Welt, um schließlich 2018 im finalen Prozess anhand von 28 Generalfällen zu Urteilen zu gelangen, die festhalten, »was in einer künftigen Ökonomie nie wieder geschehen darf«, und somit die Grundlage eines neuen Gesetzestextes bilden können.

Was die realen Erfolgsaussichten des Kapitalismustribunals betrifft, ist zu nennen, dass es sich um einen zivilgesellschaftlichen Gerichtshof handelt, der seine Legitimität nicht aus letztlich militärischen und polizeilichen Machtverhältnissen bezieht, sondern aus dem Argument, den Erkenntnissen der rationalen Wissenschaften, dem Begriff der Fairness und den Schilderungen der Menschen aus dem Leben in der kapitalistischen Realität. Aus staatsjuristischer Perspektive dürfte das Kapitalismustribunal bereits heute weitaus legitimer als die Schiedsgerichte des TTIP sein. Das Verfahren ist eröffnet.

Die erste begleitende Buchpublikation »Das Kapitalismustribunal. Zur Revolution der ökonomischen Rechte« wird nun am Donnerstag abend in der Berliner Volksbühne vorgestellt, mit Beiträgen von Saskia Sassen, Lydia Krüger, Wolfgang Neskovic, Achille Mbembe u. a. – ein rotes Buch im Roten Salon.

Haus Bartleby (Hg.): Das Kapitalismustribunal. Zur Revolution der ökonomischen Rechte. Passagen-Verlag, Wien 2016, 160 S., 17,60 Euro

Buchvorstellung: morgen, 20 Uhr, im Roten Salon der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin

[kapitalismustribunal.org](http://kapitalismustribunal.org)